

Pressemitteilung

LEBK begrüßt die Entscheidung, dass sich der Landtag weiter mit gerechter Finanzierung der frühkindlichen Bildung befasst

Der Landeselternbeirat Kindertagesbetreuung Baden-Württemberg (LEBK) begrüßt ausdrücklich, dass sich der Petitionsausschuss des Landtags Baden-Württemberg mit der Frage einer gerechten und nachhaltigen Finanzierung der frühkindlichen Bildung befasst - und an den Landtag zur weiteren Bearbeitung weiterleitet. Anlass ist eine Petition der Elterninitiative Baden-Baden, die von über 11.000 Menschen unterstützt wurde und auf die teils erheblichen Unterschiede bei den Elternbeiträgen im Land aufmerksam macht.

Der LEBK hat die Elterninitiative in den vergangenen Monaten intensiv begleitet und fachlich beraten. Ziel war es, die elterlichen Anliegen fundiert in den politischen Prozess einzubringen und auf strukturelle Defizite in der aktuellen Finanzierungslogik hinzuweisen.

Die Vorsitzende des LEBK, Heike Kempe, überließ im Petitionsausschuss ihre Redezeit bewusst dem Wissenschaftler Dr. Joachim Fiebig, um die Dringlichkeit einer Neuregelung aus wissenschaftlicher Perspektive zu unterstreichen. In seinem Beitrag machte Fiebig deutlich, dass die derzeitige Ausgestaltung der Finanzierung zu sozialen Ungleichheiten führt und den bildungspolitischen Zielen des Landes widerspricht.

Heike Kempe erklärt dazu:

„Die Eltern in Baden-Württemberg erwarten, dass das Thema von der neuen Landesregierung mit Priorität bearbeitet wird. Angesichts der weiter steigenden Lebenshaltungskosten und Kita-Beiträge ist dringender Handlungsbedarf notwendig.“

Aus Sicht des LEBK ist eine landesweite Arbeitsgruppe unter Beteiligung von Land, Kommunen, Trägern, Elternvertretungen und Wissenschaft ein notwendiger Schritt, um eine zukunftsfähige, sozial gerechte und transparente Finanzierungsstruktur für die frühkindliche Bildung zu entwickeln. Die aktuell stark variierenden Elternbeiträge – bis hin zu monatlichen Belastungen von mehreren hundert Euro – stellen für viele Familien ein erhebliches Problem dar und gefährden Chancengleichheit.

Der LEBK wird den weiteren politischen Prozess konstruktiv begleiten und seine Expertise weiterhin aktiv einbringen, um die Interessen von Kindern und Familien in Baden-Württemberg nachhaltig zu stärken.



Kontakt für Rückfragen:

Anna Radermacher
Pressesprecherin LEBK
anna.radermacher@lebk-bw.de
Mobil: 0151 28316999